

SCHÖGGIGESSETZ: Der Bundesrat stockt den Kredit für den Preisausgleich im Export nicht auf

Milch- und Getreidebranche gefordert

Nachdem der Bund nicht in die Lücke springt, verhandeln die Milch- und Getreidebranchen für eine Lösung beim Preisausgleich. Der Fehlbetrag macht rund 60 Mio. Franken aus. Diverse Vorschläge stehen im Raum.

SIMON MARTI

Der Bundesrat hat an seiner letzten Sitzung vor Ostern keine Aufstockung der Schoggigesetz-Kasse in den Nachtragskredit aufgenommen. Die Föderation der schweizerischen Nahrungsmittelindustrien (Fial) deponierte Mitte Februar beim Bundesrat eine Anfrage, den Fonds bis zum WTO-Limit um 44,9 Mio. Franken aufzustocken. Für 2010 reichen die zur Verfügung stehenden Mittel für die Verbilligung von Schweizer Mehl, Milchpulver sowie Butter auf EU-Niveau nicht aus. Von den 70 Mio. Franken, die für 2010 bewilligt wurden, brauchte die Branche schon im Dezember 18 Mio. Franken auf. Für das gesamte 2010 wird von einem Bedarf von über 110 Mio. Franken ausgegangen.

Rund 60 Mio. Fr. fehlen

Für den Geschäftsführer des Schweizerischen Getreideproduzentenverbands, Olivier Sonderegger, sind jetzt die Branchen gefordert, um den Fehlbetrag von rund 60 Mio. Franken zu decken: «Entweder finden wir die nötigen Mittel, um den Rohstoffausgleich zu kompensieren, oder es wird bei Mehl und Milch zu Veredelungsverkehr kommen.» Jetzt gehe es nicht mehr nur darum, eine Lücke zu füllen, sondern eine dau-

erhafte Lösung zu finden.

Für Sonderegger ist bei den Verhandlungen in der Branche noch alles offen. In der Vergangenheit zahlten bei Fehlbeträgen nur Müller und Bauern. «Wenn der Veredelungsverkehr kommt, ist pro Jahr der Absatz von etwa 40000 Tonnen Mahlgetreide gefährdet.» Der Veredelungsverkehr, bei dem für den Export Agrarrohstoffe zur

Verarbeitung importiert werden dürfen, werde immer einfacher. Ab 2011 brauche es keine Vernehmlassung mehr, die Bewilligung werde leichter erteilt.

Deklassierung zu Futter

Momentan sei es für die Getreidebauern «günstiger», Brotgetreide im Inland zu Futtermittel zu deklassieren, als dieses verbilligt zu exportieren. «Wir sind noch nicht so weit, dass es einen A- und einen B-Preis für Brotgetreide gibt», stellt Sonderegger fest. «Wir wären jedoch interessiert, die Marktanteile im Export zu halten – aber nicht um jeden Preis.» Für die Bauern gehe die Rechnung nicht mehr auf, wenn sie den Preisausgleich zur EU selber kompensieren müssten. Im Getreidebereich macht der Fehlbetrag 2010 10 bis 15 Mio. Franken aus.

Müller wollen Lösung

Oliver Schnyder, der bei der Fial die Brotgetreidemüller vertritt, will alles daransetzen, dass der Marktanteil im Export gehalten wird. Es gehe um 42000 Tonnen Getreide respektive 32000 Tonnen Mehl, das im Falle des aktiven Veredelungsverkehrs an das Ausland verloren ginge. «Sind diese Volumi-

na einmal weg, dann gewinnen wir sie nicht mehr zurück», gibt Schnyder zu bedenken. Er bestätigt die laufenden Gespräche mit den Getreidebauern: «Wir haben einen Vorschlag zu einem Preisausgleich für die nächsten Monate unterbreitet.» Weiter stellt sich Schnyder die Frage, ob die zweite Verarbeitungsstufe auch mitzahlt. «Weil ab dem ersten Mai die Preisausgleichszahlungen aus der Schoggigesetz-Kasse halbiert werden, drängt die Zeit.» Gebe es keine Lösung bis zum 1. Mai, drohe Veredelungsverkehr – die Inlandproduktion verlöre Marktanteile. Bis spätestens am 20. April müsse eine Lösung präsentiert werden.

Milch: 20 Mio. Fr. bereit

Bei der Milch fehlen rund 50 Mio. Franken für den Preisausgleich. Im Zeitraum Mai bis Dezember 2010 sind rund 3300 Tonnen Butter und 9000 Tonnen Milchpulver betroffen. Total geht es dabei im Export um einen Marktanteil von 200 Mio. Kilo Milch.

Albert Röstli, Direktor der Schweizer Milchproduzenten (SMP), legt dar, dass mit dem Interventionsfonds, den der Vorstand der Branchenorganisation Milch (BOM) am 18. März beschlossen hat, 20 Mio. Franken zur Verfügung stehen. Dieser Fonds wird von Produzenten und Milchindustrie durch eine Abgabe von jeweils 0,5 Rappen pro Kilo Industrielmilch alimentiert. Dieses Geld wird aufgrund der BOM-Mitgliedschaft einbezahlt, es besteht keine Allgemeinverbindlichkeit.

Spezielles Segment nötig

Die restlichen Gelder, die im Milchbereich fehlen, könnten gemäss Röstli durch die Schaffung eines neuen Milchsegments in der BOM realisiert werden.

Röstli: «Neben der A-Milch bräuchte es ein zusätzliches spezielles Segment für die Exporte über das Schoggigesetz.»

Bei der Vereinigung der Schweizerischen Milchindustrie (VMI) hofft man, dass über den neuen Interventionsfonds der BOM 20 Mio. Franken zusammenkommen. Geschäftsführer Lorenz Hirt kommentiert, die verarbeitende Industrie werde wenn möglich auf Veredelungsverkehr verzichten, um die Situation auf dem Milchmarkt nicht zusätzlich anzuhetzen und weil der Veredelungsverkehr administrativ aufwendiger sei. Eine Ausnahme bestehe bei der Butter, wo die Industrie ohne Bewilligung auf Veredelungsverkehr umstellen kann. Beim Export kann ein Industriebetrieb anstatt Geld aus der Schoggigesetz-Kasse auch Coupons für den Import der entsprechenden Buttermenge erhalten.

Vom Vorschlag der SMP für einen Richtpreis für ein spezielles Milch-Segment hat Hirt noch keine Kenntnis: «Es ist generell noch zu früh, um sagen zu können, wo die fehlenden 30 Mio. Franken herkommen sollen.»

Gesuche werden gestellt

Auch Franz Urs Schmid, Geschäftsführer von Chocosuisse und Biscosuisse, weist darauf hin, dass die Zeit drängt. Die Unternehmen müssten sich aufgrund der Unsicherheit beim Rohstoffpreisausgleich absichern: «Unsere Firmen stellen

jetzt Gesuche für den aktiven Veredelungsverkehr.» Allerdings hofft auch Schmid, dass es bis zum 1. Mai zu einer Lösung kommt. «Es wäre unsinnig, wenn wir im Veredelungsverkehr Butter importieren und in der Schweiz gleichzeitig einen Butterberg von 6500 Tonnen haben.» Schmid kann sich jedoch auch nicht vorstellen, dass sich die zweite Verarbeitungsstufe finanziell an den Kosten der durch die Produzentenorganisationen zu organisierenden geeigneten Massnahmen beteiligt. Man sei in dieser Sache bisher auch nicht kontaktiert worden.



Bis im Mai muss eine Lösung für die leere Schoggigesetz-Kasse stehen. (Bild: Nestlé)